

Dringliche Motion Erich J. Hess (JSVP): Wuchernder Sozialmissbrauch – Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden

Das Drei-Affen-Prinzip „ich sehe nichts, ich höre nichts, ich sage nichts“ scheint immer mehr zum Alltag zu werden, wenn es darum geht, Sozialhilfemissbrauch zu ahnden. Gehandelt wird immer erst dann, wenn Politiker oder Medien einen Fall aufdecken oder wenn Kritik aus den eigenen Reihen kommt.

Es scheint zum Beispiel ein offenes Geheimnis zu sein, dass viele Drogendealer finanzielle Unterstützung von der Sozialhilfe oder anderen Stellen erhalten. Sogar die Leiterin des Stadtberner Sozialdienstes, Annemarie Lanker, ihres Zeichens langjähriges SP-Mitglied, vertritt die Meinung, dass der Datenschutz gelockert werden müsse. Sie tat dies bezeichnenderweise am Tage vor ihrer Pensionierung um nicht mehr abgestraft zu werden.

Es ist also an der Zeit, dass von politischer Seite das Ganze endlich angepackt wird und verwaltungsmässig effizient zusammengearbeitet wird. Stattdessen wird seitens von Gemeinderätin Olibet das Ganze verniedlicht und heruntergespielt.

Ich beauftrage daher den Gemeinderat, die notwendigen Gesetze derart anzupassen, dass

1. bei Missbrauchsverdacht zwischen Sozialdienst und Polizei ein gegenseitiger Datenaustausch erfolgt und rechtlich ermöglicht wird
2. im Falle von missbräuchlichem Bezug von Leistungen der Sozialversicherungen oder der Sozialhilfe griffigere und einschneidendere Sanktionen möglich sind
3. die Sozialbehörden ungeachtet eines so genannt „persönlichen Vertrauensverhältnisses“ zu ihren Bezüglern zur Strafanzeige verpflichtet werden.

Ein hartes Durchgreifen gegen Sozialmissbrauch ist unabhängig von der Nationalität der Empfänger ein Muss. Es ist unbestritten, dass, wer unverschuldet in Not gerät, Hilfe vom Staat bekommen soll. Drogendealer, Leute die unsere Sozialwerke missbrauchen und Kriminelle zählen aber nicht dazu.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Bevölkerung und die Steuerzahlenden haben Anrecht auf eine vordringliche Lösung von derart einfach zu bekämpfenden Sozialmissbräuchen.

Bern, 16. August 2007

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Dringliche Motion Erich J. Hess (JSVP), Simon Glauser, Beat Schori, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Thomas Weil, Mario Imhof, Ueli Haudenschild